

Zu diesem Heft – Ostdeutsche Transformation und pandemische Zeiten

Anfang Februar 1990, gut einen guten Monat vor der ersten (und zugleich letzten) freien Volkskammerwahl der DDR am 18. März, konnte sich die Ost-SPD noch siegessicher wähnen: Fast 55 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmten in Umfragen für sie, womit sie weit vor ihren größten Kontrahenten PDS (12 Prozent) und CDU (11 Prozent) lag. Dass es am Tag der Wahl doch ganz anders kommen sollte, lag vor allem an einem Versprechen, das Helmut Kohl den Bürgerinnen und Bürgern der DDR in der Zwischenzeit gab: Er stellte ihnen – unter dem Druck von Massenabwanderung und wirtschaftlichen Problemen – nicht nur eine schnelle Wiedervereinigung, sondern auch die rasche Einführung der D-Mark in Aussicht. Damit traf er die Stimmung im Land – anders als die SPD, die diesen Vorhaben nicht ohne Grund skeptisch gegenüberstand – und verhalf der CDU entgegen allen Erwartungen doch noch zum Wahlsieg. Die D-Mark kam schnell und mit ihr die soziale Marktwirtschaft: Privateigentum, freie Preisbildung, die Abschaffung staatlicher Monopole und Subventionen, aber auch die Übernahme des westdeutschen Sozialsystems. Der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion trat am 1. Juli 1990 in Kraft, nur drei Monate später, am 3. Oktober, wurde Deutschland formal wiedervereinigt. Ein knappes Jahr nach der friedlichen Revolution und dem Mauerfall am 9. November 1989 war die DDR Geschichte.

Wie steht es heute um das vereinigte Deutschland? Wo liegen die Probleme im Verhältnis zwischen Ost und West? Was haben diese Probleme mit dem Prozess und dem Modus der Wiedervereinigung zu tun? Und inwieweit müssen wir, um Antworten zu finden, auch über die Institutionen und Mentalitäten der staatssozialistischen Gesellschaftsordnung nachdenken? Über diese Fragen habe ich mit den Sozialwissenschaftlern und Transformationsforschern *Claus Offe* und *Steffen Mau* gesprochen. Dabei wird sich zeigen, dass ein vergleichender Blick auf die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer besonders gut geeignet ist, um die Spezifika des deutschen Einigungs- und Wandlungsprozesses hervorzuheben.

Ogleich die DDR seit langem nicht mehr existiert, konnte, wer zu Beginn der COVID-19-Pandemie einen Blick auf die Corona-Landkarten warf, ihre Umriss erahnen. Das Virus scheint sich in den ostdeutschen Bundesländern weniger rasch auszubreiten. Sie sind nicht so dicht besiedelt, die Bevölkerung ist weniger mobil, was auch auf die abwanderungsbedingte Überalterung zurückzuführen ist. Der Transformationsforscher Till Hilmar hat noch eine weitere Erklärung: Im Zuge der tiefgreifenden ökonomischen Umwälzungen der 1990er Jahre hätten sich viele Menschen in den engsten Kreis der Familie zurückgezogen und ihre Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Organisationen und Vereinen aufgegeben, weshalb die beruflichen Netzwerke heute tendenziell kleiner sind als in Westdeutschland und

die sozialen Kontakte im Allgemeinen weniger breit gestreut.¹ Ob und inwieweit sich nicht nur die Infektionshäufigkeit, sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen der Pandemie in Ost- und Westdeutschland unterscheiden, ist allerdings fraglich und bleibt abzuwarten.

Inspiriert von Albert Camus' Roman *Die Pest* hat der Wissenschaftshistoriker Charles Rosenberg bereits Ende der 1980er Jahre die gesellschaftlichen Reaktionsweisen auf den Ausbruch einer Epidemie als Drama in drei Akten beschrieben, das wir in groben Zügen auch im Zusammenhang mit COVID-19 beobachten können: Im ersten Akt wird die Bedrohung so lange ignoriert, bis dies aufgrund des rapiden Anstiegs an Infektionen und Todeszahlen nicht mehr möglich ist. Im zweiten Akt werden Erklärungen gesucht und Maßnahmen gefordert, deren Auswirkungen wiederum, davon handelt der dritte Akt, so zerstörerisch sein können wie die Krankheit selbst.²

Auf welche Weise und wie restriktiv Gesellschaften auf den Ausbruch einer Infektionskrankheit reagieren, auch das zeigt die Wissenschaftsgeschichte, steht nicht unbedingt im Zusammenhang mit der objektiven Gefahr, die von ihr ausgeht. Historisch betrachtet wurde mit vergleichbaren epidemischen Bedrohungen sehr unterschiedlich umgegangen.³ Was die Corona-Krise einmalig macht, so eine in der Medizingeschichte verbreitete Deutung, ist nicht das Virus an sich, sondern die Tatsache, dass sich als Antwort darauf der »Lockdown« (in seinen mehr oder weniger rigiden Formen) als internationale Norm etabliert hat – trotz seiner desaströsen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen.⁴

Vor diesem Hintergrund lässt sich derzeit eine zunehmende reflexive Auseinandersetzung mit dem komplexen Verhältnis von wissenschaftlicher Expertise und politischer Entscheidungsfindung in der Corona-Pandemie beobachten. Für Kritik sorgt dabei nicht nur, dass die für wissenschaftliches Wissen konstitutive Unsicherheit und Vorläufigkeit sowie der Dissens unter Expertinnen und Experten in Medien und Öffentlichkeit lange Zeit weitgehend ausgeblendet wurden, sondern auch die Tatsache, dass politisches Handeln mit Zahlen und Statistiken gerechtfertigt wurde, die mit der Wirklichkeit wenig zu tun hatten.⁵ Die gemessene Anzahl der Infektionen etwa habe aufgrund mangelnder Testkapazitäten und uneinheitlicher Testpraktiken wenig Aussagekraft, und die Sterberate sei systematisch überschätzt worden, nicht nur weil die Grundgesamtheit der Infizierten unbekannt

- 1 Peter Burghardt; Ulrike Nimz 2020. »Weites Land«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 16. Mai 2020.
- 2 David S. Jones 2020. »History in a Crisis – Lessons for Covid-19«, in *The New England Journal of Medicine* 382, S. 1681-1683.
- 3 Thomas Zimmer 2020. »Das Zeitalter der Pandemien. Von der Cholera bis Covid-19«, in *Merkur* 74, S. 32-43.
- 4 Carlo Caduff 2020. *What Went Wrong. Corona and the World after the Full Stop*. <http://blogs.exeter.ac.uk/exploringdiagnosis/files/2020/03/Caduff-What-Went-Wrong.pdf> (Zugriff vom 25.05.2020.).
- 5 Ebd.; Joël Glasman 2020. »Weiche Zahlen, harte Maßnahmen? Warum wir eine Debatte über den Wert von Statistiken brauchen«, in *Soziopolis* vom 26. Mai 2020.

war, sondern häufig auch die wirkliche Todesursache. Aber auch darüber hinaus sei noch viel grundsätzlicher zu fragen: Was wird gezählt, was nicht? Was wird in mathematischen Modellen repräsentiert, sichtbar gemacht? Was wird ausgeblendet?⁶

Diese Fragen verbinden sich mit der Forderung, die Grundannahmen, Entstehungskontexte und Grenzen zahlenbasierter Wissensformen gesellschaftlich stärker zu thematisieren, aber auch die prinzipielle Unabgeschlossenheit und Umstrittenheit wissenschaftlicher Erkenntnisse und was daraus resultiert – aus ihnen lassen sich eben keine eindeutigen politischen Handlungsstrategien ableiten – anzuerkennen und öffentlich stärker zu kommunizieren.

Für die Sozial- und Geisteswissenschaften existiert eine ähnlich spannungsreiche Ausgangskonstellation. Auch sie benötigen Zeit, um valide Erkenntnisse über die Pandemie und ihre Folgen zu gewinnen. Gleichzeitig stehen sie unter dem gesellschaftlichen Erwartungsdruck, die Krise zu deuten, Erklärungen zu liefern, Dynamiken einzuordnen und verstehbar zu machen und damit medizinische und epidemiologische Befunde um ein ergänzendes Wissensrepertoire zu erweitern. Diese Spannung aufzulösen ist kaum möglich. Mit ihr umzugehen bedeutet, sie zu reflektieren, die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse anzuerkennen und die Prozesshaftigkeit von Wissenschaft ernst zu nehmen.

In den Beiträgen dieses Hefts zur Corona-Pandemie lassen sich grob zwei analytische Perspektiven unterscheiden: Zum einen nähern sich die Autorinnen und Autoren ihrem Untersuchungsgegenstand, indem sie nicht Brüche, sondern Kontinuitäten hervorheben und genauer ausleuchten. Die Corona-Krise wird in dieser Perspektive nicht so sehr als etwas betrachtet, das qualitativ neue Problemlagen und Spaltungslinien hervorbringt. Sie fungiert – um Metaphern aus dem gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Diskurs aufzugreifen, die sich auch in den hier veröffentlichten Texten wiederfinden – vielmehr als »Mikroskop« oder »Brennglas«, als »Vergrößerungsglas«, »Lupe« und »Scheinwerfer«, die schon seit längerem schwelende Konflikte und Strukturprobleme in der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft zum Vorschein bringen und eine reflexive Auseinandersetzung damit ermöglichen: Die Ökonomisierung des Gesundheits- und Pflegesystems sowie soziale Ungleichheiten in Bezug auf Alter, Geschlecht und Klasse sind Themen, die unsere Autorinnen und Autoren im Lichte der Corona-Krise neu verhandeln und problematisieren. Ein zweiter Zugang zu dem noch weitgehend unerforschten Feld der Corona-Pandemie besteht darin, auf Erkenntnisse aus anderen Forschungsfeldern – etwa der Kriegsforschung oder den Disaster Studies – zurückzugreifen, um die aktuelle Situation besser verstehen und einordnen zu können.

Nach dem Ausbruch von COVID-19 wurde öffentlich vielfach beklagt, dass wir auf eine solche Krise nicht vorbereitet waren. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn man bedenkt, dass im Bereich der globalen Gesundheitssicherheit seit zwei Jahrzehnten Pandemie-Szenarien entwickelt werden, die teilweise frap-

6 Florian Eyert 2020. »Epidemie und Modellierung. Das Mathematische ist politisch«, in *WZB-Mitteilungen* 168, S. 82-85.

pierende Ähnlichkeiten mit der Corona-Pandemie aufweisen und die Lücken von Gesundheitsinfrastrukturen immer wieder herausgestellt haben. In ihrem Aufsatz nehmen *Carolin Mezes* und *Sven Opitz* diese Sicherheitsstrategie der »Preparedness« genauer in den Blick, deren Grenzen sich anhand der politischen Reaktionen auf COVID-19 besonders gut aufzeigen lassen. Sie verdeutlichen die paradoxe Situation, dass das Sich-Vorbereiten auf die Krise noch inmitten der Krise, auf die man eigentlich vorbereitet sein müsste, einen zentralen Stellenwert einnimmt.

In ihrem Essay geht *Paula-Irene Villa* angesichts des durch COVID-19 neu erwachten Bewusstseins für die Systemrelevanz von Pflege- und Erziehungsberufen der Frage nach, wie es kommt, dass etwas symbolisch so anerkannt und materiell doch so entwertet ist. Sie nimmt diesen Widerspruch zum Anlass, um noch einmal einen ganz grundsätzlichen Blick auf das Verhältnis von Sorgearbeit und Geschlecht zu werfen. Trotz der weitreichenden Erfolge der Frauenbewegungen und formaler Gleichberechtigung wird deutlich, dass die fortbestehende Naturalisierung dieses Verhältnisses, die Care und Weiblichkeit scheinbar unauflösbar miteinander verknüpft und sich im *Gender Care Gap* auch statistisch manifestiert, die strukturelle Benachteiligung von Frauen weiterhin zementiert. In der Corona-Krise sieht Villa die Chance einer »reflexiven Thematisierung« dieser Zusammenhänge als Voraussetzung für die gesellschaftliche Neuverhandlung der Frage, wie Sorgearbeit in Zukunft gerechter gestaltet werden kann.

Abgesehen von den Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich erlangte in den ersten Wochen und Monaten der Corona-Pandemie kaum eine Bevölkerungsgruppe mehr öffentliche Aufmerksamkeit als Menschen im höheren Alter. Während insbesondere die »jungen Alten« noch kurz davor als produktiv, leistungsfähig und aktivierbar galten, verwandelten sie sich im Zuge der Corona-Krise zur vulnerablen Risikogruppe, die einen besonders schweren Krankheitsverlauf zu fürchten hat und deren De-Aktivierung und De-Mobilisierung fortan im Fokus stand. *Stefanie Graefe*, *Tine Haubner* und *Silke van Dyk* analysieren in ihrem Beitrag die diskursiven Konstruktionen des Alters in der Corona-Krise, wobei auch sie von der Annahme ausgehen, dass die Pandemie keine qualitativ neuen Problematiken hervorbringt, sondern vielmehr bereits länger schwelende Verteilungskonflikte intensiviert und damit sichtbarer macht.

Eine etwas andere Perspektive nimmt *Teresa Koloma Beck* in ihrem Essay ein. Auch sie interessiert sich weniger für Brüche als für Kontinuitäten, richtet ihren Blick jedoch nicht auf die durch die Corona-Pandemie ins Rampenlicht gerückten gesellschaftlichen Strukturprobleme, sondern – inspiriert von pragmatistischen und phänomenologischen Einsichten – auf die Anpassung und Neuordnung von Alltagsroutinen in der Krise. Damit begreift sie den Ausnahmezustand weder als Ausnahme noch als Zustand, sondern hebt im Gegenteil seine Normalität und Prozessualität hervor. Zentrale Einsichten aus Koloma Becks Forschung zum Alltag im Krieg helfen dabei, die aktuelle Situation – von »social distancing« über Hamsterkäufe und »Corona-Partys« bis hin zum affektiven Umgang mit der Verletzung von Abstandsregeln – besser einzuordnen und zu verstehen, wobei sie auch den Grenzen der Anpassungsfähigkeit nachgeht.

Neben der Kriegsforschung können unserem Autor *Frank Eckardt* zufolge auch die Disaster-Studies, die den gesellschaftlichen Umgang mit Katastrophen bereits seit den 1960er Jahren untersuchen, einen Beitrag zum besseren Verständnis der aktuellen Krise leisten. Dies veranschaulicht er in seinem Essay am Beispiel des Hurrikans Katrina, der 2005 in New Orleans wütete.

Zu Beginn der Corona-Pandemie ließ sich in den meisten Ländern, mit unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Dauer, eine Stärkung der Exekutive beobachten, die Parlamente und Oppositionen zeitweise stark in den Hintergrund drängte. Nicht nur die Wissenschaft, auch die Demokratie benötigt Zeit, die im Krisenmodus angesichts des drängenden Handlungsbedarfs fehlt. Doch selbst in nichtepidemischen Zeiten befindet sich die Demokratie, folgt man einschlägigen Zeitdiagnosen, in einer temporalen Krise. Sie sei mit dem Dilemma konfrontiert, für die politische Entscheidungsfindung zunehmend mehr Zeit zu benötigen, unter spätmodernen Bedingungen einer zunehmenden Beschleunigung des technischen und sozialen Wandels jedoch immer weniger Zeit zur Verfügung zu haben. Diese Krisendiagnostik einer für die Demokratie problematischen Geschwindigkeitsüberschreitung fordert *Marlon Barbehön* in seinem Aufsatz heraus. Aus einer konstruktivistischen Perspektive entwickelt er die These, dass die Wahrnehmung einer »Überbeschleunigung« kein ausschließliches Merkmal der Spätmoderne ist, sondern eine für die Moderne konstitutive Grunderfahrung darstellt, was ihn auch dazu veranlasst, nach neuen Wegen ihrer politischen Bewältigung zu suchen.

Im letzten *Leviathan* haben Jan Sparsam und Malte Flachmeyer die These vertreten, dass die aktuelle Geldpolitik gar nicht so unkonventionell ist wie sie scheint und der Europäischen Zentralbank (EZB) angesichts der gegebenen politisch-ökonomischen Bedingungen innerhalb der Euro-Zone aktuell keine andere Wahl bleibt, »als durch Zentralbankgeld die Finanzwirtschaft liquide [...] zu halten«. In seiner Replik stimmt *Paul Steinhardt* den beiden Autoren zwar darin zu, dass die gegenwärtige Geldpolitik – im Vergleich zur oftmals geforderten Rückkehr zur »Normalität« – das kleinere Übel ist, erhebt aber zwei grundlegende Einwände. Zum einen bezweifelt er ihre Annahme, dass sich die EZB-Politik seit der Euro-Krise qualitativ nicht verändert habe, zum anderen gelangt er dadurch zu einer anderen Schlussfolgerung. Ein demokratisch-institutioneller Umbau der Euro-Zone, wie ihn Sparsam und Flachmeyer fordern, sei zwar wünschenswert, die Rückkehr zu nationalen Währungen derzeit aber der einzig realistische Ausweg aus den gegenwärtigen Dilemmata.

Claudia Czingon